

# Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Klee.

II. Jahrgang.

Berlin, Mittwoch, den 14. Februar 1883.

N<sup>o</sup> 19.

## † Die Ehre der preussischen Beamten.

Die Fortschrittspartei, welche sich im Abgeordnetenhaus ziemlich ruhig verhält, weil sie sich dort schwach fühlt, glaubt im Reichstage auf ihre größere Zahl wie auf ihre Allianz mit der republikanischen süddeutschen Volkspartei pochen zu dürfen. Bei jeder Gelegenheit geht sie hier, gestützt auf einige bereits erzielte partielle Erfolge, aggressiv vor, ihre Pfeile gegen alle Zweige der Staatsverwaltung loschießend.

Wie sie das Heer und insonderheit das Officiercorps mit der heißen Lauge ihrer Kritik überschüttet hat, so hat auch ein Redner der Fortschrittspartei bei der Berathung des Beamten-Pensionsgesetzes keinen Anstand genommen, sich über den ehrenwerthen preussischen Beamtenstand dahin zu äußern, daß dieser bisher in der ganzen Welt geachtete Stand gelitten habe in seiner Moralität, in seinem Rufe und Ansehen.

Die Begriffe von Moralität, Ruf und Ansehen sind ja sehr verschieden in der Welt. In Preußen hält es der Beamte für eine Ehrensache, seinem König zu dienen und dem Vorgesetzten jene Achtung und Rücksicht zu bezeigen, ohne welche eine Disciplin und eine geordnete Verwaltung nicht bestehen kann. Das war stets so in Preußen und ist Gott sei Dank bisher noch nicht anders geworden.

Freilich hat es an Versuchen, die Beamten gegen ihre Vorgesetzten aufzustacheln, nicht gefehlt. Ganze Kategorien von Beamten sind förmlich zu Beschwerden gegen die vorgesetzte Behörde provocirt worden und noch vor Kurzem fanden wir in einem fortschrittlichen Agitationsblatt eine Aufforderung an einen bestimmten Stand, sich vertrauensvoll mit Beschwerden gegen die Vorgesetzten an das Blatt zu wenden. Jede Klage, jede Unzufriedenheit, an der es ja in keinem Berufe fehlt, wird mit wahren Vergnügen von den Blättern jener Partei an die große Glocke geschlagen und zu Angriffen gegen die Regierung verwerthet.

Wenn einerseits diese fortwährenden Aufreizungen der Beamten durch die Fortschrittspartei in Presse und Parlament keine wesentlichen Erfolge gehabt haben und andererseits die Mißachtung gegen hochachtbare Beamte sich in den stärksten Ausdrücken Luft macht, so ist das ein erfreuliches Zeichen dafür, daß Alles in bester Ordnung ist und daß die preussischen Beamten ihre Ehre in eine strenge Pflichterfüllung setzen. Gerade diese Pflichterfüllung scheint es zu sein, welche der Demokratie ein Dorn im Auge ist, für sie hat nur der Mann einen Werth, der immer — nur nicht ihr — Opposition macht.

Wenn unter solchen Umständen im Reichstage ein Fortschrittler unter dem Beifall seiner Fraktionsgenossen auftritt, und dem preussischen Beamtenstand vor dem ganzen Volk, vor der ganzen Welt die schmachvolle Beleidigung ins Gesicht wirft, daß er an Moralität, Ruf und Ansehen gelitten, wenn man diesen Stand verdächtigt, die Eigenschaften und die Rechte nicht zu besitzen, die ein Schmuck jedes wahren freien Mannes sind, so ist das ein Urtheil, welches in den Augen jedes rechtlich denkenden Mannes den Urheber selbst compromittirt.

Aber diese Verdächtigungen und Beleidigungen passen zu dem ganzen System der fortschrittlichen Demokratie: nichts findet vor ihren Augen Gnade, was nicht ihren Idealen entspricht. Sollten diese Ideale je zur Wirklichkeit werden, so würde eine Auflösung aller Disciplin im Beamtenstande die natürliche Folge sein und welchen Grad von Moralität, Ruf und Ansehen die Beamten dann haben werden, wenn sie nicht mehr dem Könige, sondern der Parlamentsmajorität dienen, das zu beurtheilen ist für Niemanden schwer, welcher die Geschichte anderer Länder kennt.

## Das Nebeneinandertagen von Reichstag und Landtag.

Die Frage des Nebeneinandertagens des Reichstags und des preussischen Abgeordnetenhauses hat schon zu wiederholten Malen diese Körperschaften beschäftigt, und von beiden ist übereinstimmend als wünschenswerth erkannt worden, daß ein Nebeneinandertagen möglichst zu vermeiden sei und daß das Abgeordnetenhaus stets dem Reichstage den Vorrang zu lassen habe; speciell das Abgeordnetenhaus hat in dem Zeitraum des letzten Jahres des Oesteren Veranlassung genommen, sich in diesem Sinne auszusprechen.

Wenn es sich hierbei um weiter nichts handelte, als dem Reichstage die Anerkennung seiner höheren Bedeutung zu erweisen, und wenn diese Anerkennung nur durch einen völligen Verzicht auf die Fortsetzung der Arbeiten der parlamentarischen Vertretung des größten Einzelstaates bewirkt werden könnte, so würde man ein solches Verhalten aus dem Gesichtspunkt der nationalen Interessen, für deren Pflege und Wahrung nie genug geschehen kann, nur mit Genugthuung begrüßen können.

Aber einmal ist das Ansehen des Reichstages, sind die nationalen Interessen in keiner Weise gefährdet, als daß sie einer ausdrücklichen Anerkennung durch die Einstellung der parlamentarischen Arbeit des preussischen Abgeordnetenhauses bedürften. Weiter aber stehen auch hierbei sehr wesentliche preussische Interessen auf dem Spiel, die bei allem Vorrang der Reichsinteressen doch nicht vollständig in den Hintergrund gestellt und mißachtet werden dürfen, und namentlich würde die preussische Landesvertretung, zumal wenn sie sich in einer geschäftlichen Nothlage befindet, der Bedeutung des Reichstages schon einen genügenden Tribut zollen, wenn sie demselben die Feststellung seiner Sitzungen überlasse und die übrig bleibende Zeit, so gut es geht, für sich in Anspruch nähme.

Aber die nationalen Gesichtspunkte bildeten im Abgeordnetenhaus bei der neulichen Bekämpfung des Vorschlags, die Berathungen nicht wieder zu unterbrechen, auch keineswegs den durchschlagenden Grund. Es wurden vielmehr noch allerhand Einwände technisch-parlamentarischer und persönlicher Art in's Feld geführt: man war für das Ansehen des Abgeordnetenhauses besorgt, wenn es seine Arbeiten gewissermaßen in Nebenstunden verlegen müsse, man befürchtete, daß die Arbeiten desselben einträchtig werden könnten und glaubte auch auf die Anstrengungen Rücksicht nehmen zu müssen, welchen etwa siebzig beiden Körperschaften zugleich angehörigen Abgeordneten aus einem Nebentage erwachsen würden.

Der Werth dieser Einwendungen läßt sich nur an der gegenwärtigen Geschäftslage des Abgeordnetenhauses ermessen: diese ist eine solche, daß eine weitere Verzögerung oder Unterbrechung der Arbeiten die Gefahr einer nicht rechtzeitigen Fertigstellung des Stats in sich schließt. Das Abgeordnetenhaus hat sich in dieser Session schon wiederholt aus Rücksicht für den Reichstag Beschränkungen auferlegt und hiermit zur Genüge bewiesen, daß es weiß, was es dem Reichstage schuldig ist. Aber hierdurch ist es selbst in die peinliche Lage versetzt worden, für die Erledigung der eigenen Arbeiten kaum noch genügend Zeit übrig zu behalten. Dieser Nothlage gegenüber können Einwendungen, die sich auf technisch-parlamentarische oder persönliche Verhältnisse stützen, doch wohl im Ernst nicht ins Gewicht fallen; sollte wirklich nach irgend einer Richtung hin hieraus ein Defect entstehen, so würde sich derselbe wohl sehr bald wieder gut machen lassen. Im Uebrigen ist auch schon an einzelnen Tagen die factische Möglichkeit gleichzeitigen Tagens erwiesen worden und mehr als um einige wenige Tage handelte es sich bei der Frage, ob das Abgeordnetenhaus seine Sitzungen neben dem Reichstage halten sollte, nicht.